Mediendienst

Stuttgart, 23. Juni 2023

Freie Demokraten

Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Goll: Innenministerium lässt mutmaßliches Opfer im Stich

Konstruierte Vorwürfe stoppen Solidaritätsaktion für das mutmaßliche Opfer des IdP.

Zu aktuellen Medienberichten, wonach eine Solidaritätsaktion an der Hochschule der Polizei vom Landespolizeipräsidium zurückgepfiffen wurde, äußert sich **Julia Goll,** stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion, wie folgt:

„Anscheinend versucht man, die Solidaritätsbekundungen für das mutmaßliche Opfer des Inspekteurs im Keim zu ersticken und lässt damit die Polizeibeamtin im Stich. Unter Androhung von konstruiert erscheinenden juristischen Konsequenzen sollen diejenigen verunsichert und unter Druck gesetzt werden, die dem mutmaßlichen Opfer beistehen wollen.

Der Innenminister muss sich hierzu umgehend äußern. Die von ihm gebetsmühlenartig heraufbeschworene ‚maximale Transparenz' kann man hier keinesfalls erkennen.

Ganz gleich, wie der Prozess des Inspekteurs ausgeht: Die junge Frau hat Mut bewiesen, hat deutliche Grenzüberschreitungen eines Vorgesetzten aufgedeckt und ist bereits jetzt ein Opfer des Systems Strobl. Ihr gebührt unser aller Solidarität."

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de